

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Maik Penn (CDU)**

vom 04. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Januar 2023)

zum Thema:

**Bundesratsinitiativen Berlins**

und **Antwort** vom 24. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Januar 2023)

Die Regierende Bürgermeisterin  
von Berlin

Herrn Abgeordneten Maik Penn (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14424  
vom 04. Januar 2023

über Bundesratsinitiativen Berlins

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Bundesratsinitiativen hat das Land Berlin in der 17. Wahlperiode (2011-2016) insgesamt eingebracht? Wie viele davon wurden abgelehnt, beschlossen oder sind noch offen?

Zu 1.:

Der Senat hat in der 17. Wahlperiode 27 Bundesratsinitiativen als alleiniger Antragsteller oder zusammen mit anderen Ländern eingebracht. Die Anzahl der seit Ende 2011 vom Senat initiierten Bundesratsinitiativen, deren Zielrichtung und der Sachstand sind aus der anliegenden Aufstellung ersichtlich.

2. Wie viele Bundesratsinitiativen hat das Land Berlin in der 18. Wahlperiode (2016-2021) insgesamt eingebracht? Wie viele davon wurden abgelehnt, beschlossen oder sind noch offen?

Zu 2.:

Der Senat hat in der 18. Wahlperiode 97 Bundesratsinitiativen als alleiniger Antragsteller oder zusammen mit anderen Ländern eingebracht. Die Anzahl der seit Ende 2016 vom Senat initiierten Bundesratsinitiativen, deren Zielrichtung und der aktuelle Sachstand sind aus der anliegenden Aufstellung ersichtlich.

3. Wie viele Bundesratsinitiativen hat das Land Berlin seit Amtsantritt des amtierenden Senats Ende 2021 auf den Weg gebracht und wie ist jeweils der Sachstand (abgelehnt/ beschlossen/ offen)? Bitte hierbei um Auflistung nach Senatskanzlei bzw. den einzelnen Senatsverwaltungen und jeweiliges Thema/Ziel.

Zu 3.:

Der Senat hat in der 19. Wahlperiode bislang 11 Bundesratsinitiativen als alleiniger Antragsteller oder zusammen mit anderen Ländern eingebracht. Die Anzahl der seit 2021 vom Senat initiierten Bundesratsinitiativen, deren Zielrichtung und der aktuelle Sachstand sind aus der anliegenden Aufstellung ersichtlich.

4. Welche Bundesratsinitiativen des Landes Berlin haben besondere Priorität und werden daher von der Senatskanzlei besonders intensiv mit den zuständigen Senatsverwaltungen und anderen Bundesländern vorangetrieben und begleitet?

Zu 4.:

Alle Bundesratsinitiativen werden nach Vorstellung im Bundesratsplenum oder direkt den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung zugewiesen. Sie werden mit der gleichen Intensität vorangetrieben und begleitet. Je nach der fachlichen und politischen Einschätzung der anderen Länder kann es sinnvoll sein, eine Initiative nicht sofort einer (möglicherweise ablehnenden) Entscheidung im Bundesratsplenum zuzuführen. Gegebenenfalls können von den Senatsverwaltungen noch Anregungen anderer Länder aufgegriffen und/oder in Abstimmung mit der Senatskanzlei im Senat eine Entscheidung über die Abstimmung im Bundesratsplenum herbeigeführt werden.

5. An welcher Stelle können die Berlinerinnen und Berliner transparent nachvollziehen, welche Bundesratsinitiativen eingebracht wurden und wie der jeweilige Sachstand ist?

Zu 5.:

Die vom Senat beschlossenen Berliner Bundesratsinitiativen aus der 18. und 19. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin können auf der Internetseite der Senatskanzlei unter dem Link:

<https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/bundesangelegenheiten/aktuelles/artikel.710230.php>

jederzeit abgerufen werden.

Diese Übersicht wird fortlaufend aktualisiert. Bei Eingabe der Drucksachen-Nummer auf [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de) kann der Verfahrensstand auch zurückliegender Bundesratsinitiativen ermittelt werden.

Das Abstimmungsverhalten des Landes Berlin im Bundesrat aus der 19. und 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem jeweiligen Ergebnis im Bundesrat ist auf der Internetseite der Senatskanzlei unter dem Link <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/bundesangelegenheiten/aktuelles/artikel.776154.php> zu finden.

6. Inwieweit wird zu 5. auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht, etwa in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und den Berliner Schulen?

Zu 6.:

Auf die Informationsseiten der Senatskanzlei wird in den Sozialen Medien hingewiesen. Zudem werden Berliner Schülerinnen und Schüler als Besuchergruppen im Bundesrat von der Bevollmächtigten des Landes Berlin im Zusammenwirken mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie über die Arbeit des Bundesrates informiert. Dabei werden sie auch auf die Informationsangebote der Senatskanzlei aufmerksam gemacht.

7. Welche Anliegen aus Bürgerbeteiligungsformaten schafften es seit 2021 in eine Bundesratsinitiative zu münden, wie hat sich der Senat jeweils für den Erfolg eingesetzt und wie ist der Sachstand?

Zu 7.:

Bundesratsinitiativen werden in der Regel von den Senatsverwaltungen initiiert. Dabei werden von den Senatsverwaltungen für die Berlinerinnen und Berliner relevante Anliegen aufgegriffen. Ob einzelne Anliegen, der seit 2021 eingebrachten Bundesratsinitiativen, auch im Rahmen von Bürgerbeteiligungsformaten erörtert wurden, ist nicht bekannt.

8. Welche Volksbegehren und Volksentscheide gab es seit 2016 im Land Berlin mit Bezug zur Bundespolitik? Resultierten daraus Bundesratsinitiativen – wenn ja, welche und wenn nein, zu wann ist dies vorgesehen und warum bisher nicht geschehen?

Zu 8.:

Seit 2016 wurde für folgende Volksbegehren ein Antrag auf deren Einleitung gestellt:

- Volksbegehren Berlin braucht Tegel über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel „Otto-Lilienthal“ (TXL)
- Volksbegehren des Volksentscheids Fahrrad
- Volksbegehren über ein Gesetz zur Regulierung von Werbung in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum (Antikommodifizierungsgesetz – AntiKommG)
- Volksbegehren über ein Artikelgesetz für mehr Sicherheit und Datenschutz in Berlin
- Volksbegehren über ein Gesetz zur Verbesserung der Patient\*innensicherheit im Krankenhaus

- Volksbegehren Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen (Vergesellschaftungsgesetz)
- Volksbegehren Einführung eines Berliner Transparenzgesetzes
- Volksbegehren Berlin soll Grundeinkommen testen/Experiment Grundeinkommen: Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- Volksbegehren Volksentscheid Berlin autofrei
- Volksbegehren Berlin 2030 klimaneutral

Gemäß Artikel 62 Absatz 1 Verfassung von Berlin können Volksbegehren nur darauf gerichtet werden, Gesetze zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben, soweit das Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz hat, oder im Rahmen der Entscheidungszuständigkeit des Abgeordnetenhauses zu Gegenständen der politischen Willensbildung, die Berlin betreffen, sonstige Beschlüsse zu fassen.

Ob und inwieweit einzelne der genannten Volksbegehren neben den landespolitischen Anliegen Bezüge zur Bundespolitik haben, ist eine Frage der politischen Bewertung.

Bundratsinitiativen, die die Anliegen der genannten Volksbegehren aufgreifen, wurden nicht eingebracht und sind bisher auch nicht vorgesehen.

Berlin, den 24. Januar 2023

Die Regierende Bürgermeisterin  
In Vertretung

Ana-Maria Trăsnea  
Staatssekretärin  
für den Chef der Senatskanzlei

Übersicht der Berliner BR-Initiativen in der 17. WP des Berliner Abgeordnetenhauses (2011 bis 2016)

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
27.	Entwurf eines Gesetzes über die Dämpfung der Mietentwicklung und die wirksame Verfolgung von Mietpreiserhöhungen  Antrag BE  Drs. 327/16	Gefordert wird die Vermieter zu verpflichten, bereits zu Mietbeginn alle mietpreisrelevanten Tatsachen mitzuteilen, den mietspiegelrelevanten Zeitraum von 4 auf 6 Jahre zu verlängern und Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete von 3 auf 4 Jahre zu strecken.	erledigt
26.	Entschließung des Bundesrates „Alleinerziehende besser unterstützen“  Antrag BE  Drs. 291/16	Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die materielle und soziale Situation Alleinerziehender zu verbessern.	erledigt
25.	Entschließung des Bundesrates: Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) als Eckpfeiler der deutsch-polnischen Verständigung weiter unterstützen  Antrag BE, BB, NI, NW, SN, TH  Drs. 313/16	Die Bundesregierung wird gebeten, ihre Zuwendungen an das DPJW schrittweise zu erhöhen, um dem hohen Bedarf an deutsch-polnischen Jugendaustausch Rechnung zu tragen.	am 17.06.2016 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
24.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Effektive Bekämpfung von sog. „Gaffern“ sowie Verbesserung des Schutzes des Persönlichkeitsrechts von Verstorbenen  Antrag BE, NI, MV, NW  Drs. 226/16	Der Schutzbereich des § 201a StGB wird auf unbefugte Bildaufnahmen verstorbener Personen erweitert. Zudem soll sich strafbar machen, wer bei Unglücksfällen etc. Hilfeleistungen behindert.	am 17.06.2016 angenommen
23.	Entschließung zur Verbesserung der Transparenz bei Steueroasen und Briefkastenfirmen  Antrag BE, HB, HH, NI, TH, BW, BY, BB, HE, MV, NW, RP, SL, SN, ST, SH  Drs. 186/16	Aufgegriffen wird der Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 07.04.2016. Gefordert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz bei finanziellen Auslandsbeziehungen und die Verschärfung des Bankenstrafrechts unter Hinweis auf die BR-Drs. 117/14.	am 22.04.2016 angenommen
22.	Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung der Anzahl der vorzuschlagenden Personen bei Schöffenwahlen  Antrag BE  Drs. 107/16	Bisher müssen in die Vorschlagslisten mindestens doppelt so viele Personen aufgenommen werden wie Schöffinnen und Schöffen erforderlich sind. Dieses Quorum soll auf das 1 ½ fache abgesenkt werden.	am 13.05.2016 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
21.	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches  Antrag BE  Drs. 410/15	Schaffung einer Öffnungsklausel im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, um den Ländern eigene Regelungen zum Aushang der Ergebnisse amtlicher Kontrollen im betroffenen Unternehmen zu ermöglichen.	erledigt
20.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Strukturen der Landgerichte  Antrag BE  Drs. 322/15	Gefordert werden erweiterte Zuweisungsmöglichkeiten an andere Landgerichte sowie die erleichterte Möglichkeit, Spezialkammern bei den Landgerichten einzurichten.	erledigt
19.	BR-Entschließung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital  Antrag BE  Drs. 188/15	Die Bundesregierung soll Maßnahmen ergreifen, um eine stärkere Mobilisierung von Wagniskapital zu erreichen, wie die verbesserte steuerliche Behandlung, die Klarstellung von rechtsunsicheren Sachverhalten zu Gunsten des Wagniskapitals und keine weiteren Anlagebeschränkungen für Lebensversicherungen und Pensionsfonds im Hinblick auf Wagniskapital.	erledigt
18.	BR-Entschließung zur Rehabilitierung verurteilter homosexueller Männer  Antrag BE  Drs. 189/15	Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.	am 10.07.2015 angenommen



Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
17.	<p>Entschließung des BR zur Stärkung der Vielfalt und der pluralistischen Berichterstattung in einem europäischen digitalen Binnenmarkt</p> <p>Antrag NW, BE</p> <p>Drs. 104/15</p>	<p>Im Hinblick auf die beabsichtigte Veröffentlichung der KOM zum digitalen Binnenmarkt wird mit dem Antrag Stellung zu den Eckpunkten der DSM-Strategie genommen (Schutz der Daten, europäisches Urheberrecht, freier grenzübergreifender Zugang zu Onlineinhalten, Grundsatz der Netzneutralität, Sicherung des Wettbewerbs, Breitbandausbau, etc.).</p>	erledigt
16.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz - AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz - AIFM-StAnpG</p> <p>Antrag BW, HB, HH, HE, NI, NW, RP, BE BY, BB, MV, SL, SN, ST und TH</p> <p>Drs. 740/13</p>	<p>Gestaltungsmöglichkeiten im Investmentsteuerrecht wurden beseitigt und gesetzliche Grundlagen für die Umsetzung des geplanten FATCA-Abkommens mit den USA und zukünftige Abkommen mit anderen Staaten wurden geschaffen.</p>	am 08.11.2013 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
15.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes</p> <p>Antrag BE, BW, HH, NI, NW, RP, BB, HE, MV, SL, SN, TH</p> <p>Drs. 743/13</p>	Mit der Initiative soll durch eine Verlängerung des Durchführungszeitraums für 7,5 % des den Ländern zugeteilten Gesamtbetrages sichergestellt werden, so dass alle mit Mitteln der Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ des Bundes durchgeführten Baumaßnahmen beendet und ausfinanziert werden können.	am 08.11.2013 angenommen
14.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Absicherung der Geburtshilfesituation</p> <p>Antrag BE, BW, BB, RP, SH, MV, NW, SL, ST, TH</p> <p>Drs. 95/14</p>	Die Bundesregierung soll den Spitzenverband der Krankenkassen Bund dazu zu bewegen, bei der Vergütung der freiberuflichen Hebammen die stark gestiegenen Berufshaftpflichtprämien zu berücksichtigen und in einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Länder nach einer Lösung der Haftungsproblematik zu suchen.	am 14.03.2014 angenommen
13.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes</p> <p>Antrag SH, BW, BE, HE, MV, NI, NW, RP</p> <p>Drs. 557/14</p>	Ziel ist die Aufstockung der Regionalisierungsmittel um 1,2 Mrd. EUR sowie die Erhöhung der jährlichen Dynamisierungsrate auf 2% (statt bisher 1,5%). Der Verteilungsschlüssel soll sich aus Einwohnern und bestellten Zugkilometern zusammensetzen (50:50).	am 28.11.2014 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
12.	Entschließung des Bundesrates zur Sonntagsöffnung der Bibliotheken  Antrag BE  Drs. 511/11	Die Bundesregierung soll eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes initiieren.	erledigt
11.	Entschließung „Jugend trainiert für Olympia / für die Paralympics“  Antrag BW, BE, BB, HH, NI, NW, SH  Drs. 218/14	Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag sollen aufgefordert werden, die finanziellen Zuwendungen für das Bundesfinale von „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen und die geplante Kürzung zurückzunehmen.	am 23.05.2014 angenommen
10.	Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG)  Antrag BW, BY, BE, BB, HB, HH, HE, MV, NI, NW, RP, SL, SN, ST, SH, TH  Drs. 342/13	Die Beteiligungsrechte der Länder am Entscheidungsprozess der Bundesregierung in Angelegenheiten der EU sollen mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts präzisiert und gestärkt werden.	am 03.05.2013 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
9.	Entschließung des Bundesrates zur Beschränkung des Haftungsrisikos für Betreiber drahtloser lokaler Netzwerke (WLANs)  Antrag BE, BW, HH, SL  Drs. 545/12	Bitte um Prüfung, inwieweit WLAN-Betreiber von haftungsrechtlichen Risiken freigestellt werden können.	am 12.10.2012. angenommen
8.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und anderer Gesetze  Antrag MV, ST, BW, BY, BE, HB, HH, HE, NI, NW, RP, SL, SN, SH, TH  Drs. 752/12	Korrektur von Regelungen zum Bildungs- und Teilhabepaket, um Probleme beim Verwaltungsvollzug und Hemmnisse bei der Inanspruchnahme der Leistungen abzubauen.	am 14.12.2012 angenommen
7.	Entschließung des zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten  Antrag BE, BB, HH, NW  Drs. 241/12	Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten.	am 12.10.2012 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
6.	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im notariellen Beurkundungsverfahren  Antrag BE  Drs. 619/12	Besserer Schutz vor Erwerb sog. „Schrottimmobilien“ durch Änderungen im Beurkundungsgesetz und in der Bundesnotarordnung.	am 23.11.2012 angenommen
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz  Antrag BW, BE, HE, NI, SN, BY, SH  BR-Drs. 503/12	In allen Gerichtsbarkeiten soll flächendeckend der elektronische Rechtsverkehr eingeführt werden.	am 12.10.2012 angenommen
4.	Entschließung des Bundesrates zum Referentenentwurf des BMJ für ein Zweites Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (2. KostRModG)  Antrag BW, HE, NI, BE, MV, SL, SN, ST, SH  Drs. 112/12	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, bei ihrem Gesetzesvorhaben den berechtigten Anliegen der Länder nach einer deutlichen Verbesserung des Kostendeckungsgrades in der Justiz gerecht zu werden.	am 30.03.2012 angenommen

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
3.	<p>Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Erbrechts und der Verfahrensbeteiligungsrechte nichtehelicher und einzeladoptierter Kinder im Nachlassverfahren</p> <p>Antrag BW, HE, BE, BB, SL, SN, ST</p> <p>Drs. 108/12</p>	Sicherung der Daten über bestimmte nichteheliche und einzeladoptierte Kinder, die zwischen 1970 und 2008 bei den Standesämtern auf sogenannten weißen Karteikarten sowie beim Amtsgericht Schöneberg aufgezeichnet wurden.	am 30.03.2012 angenommen
2.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (menschenverachtende Tatmotive)</p> <p>Antrag HB, HH, NW, ST, TH, BE</p> <p>Drs. 26/12</p>	Rassistische und menschenverachtende Tatumstände sollen bei der Strafzumessung schärfend berücksichtigt werden.	am 02.03.2012 angenommen
1.	<p>Entschließung des Bundesrates zum Bildungsföderalismus</p> <p>Antrag HH, BE, BB</p> <p>Drs. 63/12</p>	Ermöglichung dauerhafter Finanzhilfen des Bundes für Bildung; Einstimmigkeitsanfordernis für dahingehende Ländervereinbarungen.	erledigt

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
97.	<p>Entschließung zur Änderung des Geldwäschegesetzes - Effektive Bekämpfung der Geldwäsche gewährleisten</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 693/21</p>	<p>Aufsichtsbehörden von Verpflichteten nach § 2 Geldwäschegesetz (GwG) soll es ermöglicht werden, Verdachtsmeldungen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) zu erstatten, wenn die Verpflichteten selbst hierzu nicht verpflichtet sind.</p>	<p>am 8.10.2021 abgelehnt</p>
96.	<p>Qualitätssiegel Kunststoffprodukte</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs 682/21</p>	<p>Der in Kunststoffprodukten enthaltene Anteil von Recyclingkunststoffen soll zukünftig EU-weit durch ein geeignetes Qualitätssiegel transparent nachgewiesen und deklariert werden müssen.</p>	<p>offen</p>

95.	<p>Entschließung zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Mietenregulierung durch Mietendeckel</p> <p>Antrag BE, TH</p> <p>Drs. 694/21</p>	<p>Eine Länderöffnungsklausel soll es ermöglichen, durch Landesrecht von den Regelungen des sozialen Mietrechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Miethöhe bei Mietverhältnissen über unbundenen Wohnraum auf angespannten Wohnungsmärkten mietpreisbegrenzend abzuweichen.</p>	offen
94.	<p>Entschließung zur Durchsetzung von Zweckentfremdungsverboten mit Hilfe von Steuerdaten</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 695/21</p>	<p>In der Abgabenordnung sollen die Offenbarungsbefugnisse nach § 30 Abs. 4 und 5 erweitert werden, so dass auch nach dem EU-Amtshilfegesetz erlangte Steuerdaten an die zur Durchsetzung von Zweckentfremdungsverbotsgesetzen zuständigen Stellen weitergeleitet werden dürfen.</p>	offen
93.	<p>Entschließung des Bundesrates - Rücknahme der Vorbehalte zu Artikel 59 Istanbul-Konvention</p> <p>Antrag HB, BE, TH, HH</p> <p>Drs. 560/21</p>	<p>Angestrebt ist die vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention durch die Bundesregierung, um Frauen ohne gesicherten Aufenthaltstitel gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt zu schützen. Hierzu sollen 2012 von der Bundesregierung geltend gemachte Vorbehalte gegenüber Artikel 59 Absatz 2 und 3 der Istanbul-Konvention aufgehoben und der Bund um die Prüfung eines eigenständigen Aufenthaltstitels für gewaltbetroffene Frauen gebeten werden.</p>	offen



92.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Unterstützung der von der Afrikanischen Schweinepest betroffenen tierhaltenden Betriebe</p> <p>Antrag BB, BE, SN, TH</p> <p>Drs. 559/21</p>	<p>Die Bundesregierung soll angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest für schweinehaltende Betriebe ein Förderprogramm entwickeln. Dabei soll es um die Abfederung eines zeitweisen Ausstiegs aus der Haltung und die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der ökologisch und aus Gründen des Tierwohls unterstützenswerten Auslauf- und Freilandhaltung gehen.</p>	am 25.06.2021 beschlossen
91.	<p>Entschließung des Bundesrates zu einem zivilrechtlichen Überlassungsverbot hochmotorisierter Kraftfahrzeuge an Fahranfängerinnen und Fahranfänger</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 540/21</p>	<p>Die Gefahr, die durch das Führen von hochmotorisierten Fahrzeugen durch Fahranfängerinnen und Fahranfänger ausgeht, erfordert gesetzgeberisches Handeln. Zum Schutz der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wird ein zivilrechtliches Überlassungsverbot vorgeschlagen.</p>	am 17.09.2021 abgelehnt
90.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Errichtung eines Wohnheimprogramms für Studierende</p> <p>Antrag MV, BE, TH</p> <p>Drs. 419/21</p>	<p>Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Förderprogramm für den Erhalt und den Ausbau von Studierendenwohnraum aufzulegen.</p>	offen

89.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates – Neuregelung der ärztlichen Ausbildung praxistauglich voranbringen</p> <p>Antrag SH, BW, BE, HE, NW</p> <p>Drs. 318/21</p>	<p>Mit der EntschlieÙung wird auf den mit der Neuregelung der ärztlichen Ausbildung verbundenen erhöhten Ausbildungsaufwand für die Hochschulen sowie den erhöhten Erfüllungsaufwand bei den Landesprüfungsämtern und dem von den Ländern getragenen Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen hingewiesen.</p>	am 07.05.2021 beschlossen
88.	<p>Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes</p> <p>Antrag HB, BE, TH</p> <p>Drs. 317/21</p>	<p>Mit der Bundesratsinitiative soll das Tarifvertragsgesetz geändert werden, um Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen zu erleichtern.</p>	am 28.05.2021 abgelehnt
87.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates – Reform des Abstammungsrechts; Alle Familien stärken – Gleichstellung voranbringen</p> <p>Antrag BE, HH, TH</p> <p>Drs. 223/21</p>	<p>Für Kinder aus Zwei-Müttern-Familien soll ein gesetzlicher Anspruch normiert werden, mit zwei rechtlich anerkannten Elternteilen aufzuwachsen.</p> <p>Darüber hinaus zielt die Initiative darauf ab, die Ungleichbehandlung von trans- und intergeschlechtlichen Eltern bzw. Personen mit Kinderwunsch aufzuheben, die soziale Elternschaft zu stärken und einen Impuls für eine zukünftige Regelung von Mehrelternschaften zu setzen.</p>	am 17.09.2021 abgelehnt

86.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des gemeindlichen Vorkaufrechts nach den §§ 24 ff. des Baugesetzbuchs – Vorkaufrechtsstärkungsgesetz</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 124/21</p>	<p>Der Gesetzesantrag sieht die Erstreckung des gemeindlichen Vorkaufrechts auf solche Veräußerungsgeschäfte vor, die bei wirtschaftlicher Betrachtung einem Grundstückverkauf entsprechen. Damit sind insbesondere die sogenannten Share Deals angesprochen, bei denen nicht das Eigentum an einem Grundstück, sondern Anteile einer als Grundstückseigentümerin im Grundbuch eingetragenen Gesellschaft veräußert werden.</p>	offen
85.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Einrichtung eines bundesweiten zentralen Immobilienregisters</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 40/21</p>	<p>Gefordert wird die Einrichtung eines bundesweiten zentralen Immobilienregisters, um die Verschleierungen der Eigentumsverhältnisse auf dem Immobilienmarkt in den Blick zu nehmen und Immobiliengeldwäsche effektiv zu bekämpfen. Dies soll zu mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen und Verfügungsberechtigungen führen.</p>	am 26.03.2021 abgelehnt
84.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates - Den Diskriminierungsschutz unterstützen - Verabschiedung der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 714/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll auf einen zeitnahen Beschluss im Europäischen Rat hinwirken.</p>	am 28.05.2021 abgelehnt

83.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – Menschen wirksamer vor Diskriminierungen schützen</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 713/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) evaluieren und die gebotene Weiterentwicklung des Gesetzes in die Wege leiten.</p>	am 28.05.2021 abgelehnt
82.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Familiennachzuges</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 512/20</p>	<p>Das Aufenthaltsgesetz soll von Nachzugsrestriktionen befreit werden, die unter humanitären Gesichtspunkten zu unververtretbaren familiären Situationen führen können. So soll auf die Lebensunterhaltssicherungspflicht beim Ehegattennachzug und die Prüfung völkerrechtlicher oder humanitärer Gründe bei Familienangehörigen, wenn deren Vorliegen bereits im Rahmen der Aufenthaltserlaubnis des Stammberechtigten festgestellt wurde, verzichtet werden. Auch soll der Eltern- und Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern zulässig sein.</p>	offen
81.	<p>Entschließung des Bundesrates "Teilhabe von Schülerinnen und Schülern an digitalen Lernangeboten sicherstellen"</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 357/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll insbesondere mit Blick auf den Corona-Pandemie bedingten Distanzunterricht sicherstellen, dass bei Schülerinnen und Schülern im Leistungsbezug die Anschaffung eines digitalen Endgerätes berücksichtigt wird.</p>	offen

80.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Änderung der gesetzlichen Sanktionsregelungen im SGB II</p> <p>Antrag BE, HB</p> <p>Drs. 358/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll einen Gesetzentwurf zur Änderung der Sanktionsvorschriften im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) vorlegen. Dabei sollen sowohl die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5.11.2019 umgesetzt als auch insbesondere die Sanktionen für die unter 25-jährigen, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gestrichen und Sanktionen gegenüber Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und Jugendlichen ausgeschlossen werden.</p>	am 18.09.2020 abgelehnt
79.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für die sozial gerechte Bewältigung der Corona-Krise</p> <p>Antrag BE, HB</p> <p>Drs. 359/20</p>	<p>Gefordert werden Verbesserungen beim Corona-bedingten Kurzarbeitergeld. Insbesondere soll die Höhe des Kurzarbeitergeldes rückwirkend vom 1. März 2020 bis zum 31. März 2021 stufenweise angehoben werden: Bei einem monatlichen Nettoeinkommen von bis zu 1.400.- Euro soll die Höhe des Kurarbeitergeld 90 bzw. 97 Prozent, bei über 1.400.- Euro bis 1.700.- Euro 85 bzw. 92 Prozent und bei über 1.700.- Euro 80 bzw. 87 Prozent betragen.</p>	offen

78.	<p>Entschließung des Bundesrates "Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativlandschaft in Deutschland sichern - Hilfen für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen spezifisch und mittelfristig wirkend ausgestalten"</p> <p>Antrag BE, HB</p> <p>Drs. 230/20</p>	<p>Die Bundesregierung wird gebeten für den Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativbereich in Abstimmung mit den Ländern ein Hilfsprogramm auf den Weg zu bringen, um insbesondere gemeinnützige Einrichtungen und renditearme Einrichtungen zu unterstützen, die bislang nicht von den aufgelegten Programmen hinreichend erfasst sind.</p>	am 05.06.2020 beschlossen
77.	<p>Entschließung des Bundesrates zur temporären (befristeten) Zahlung eines Corona-bedingten Zuschlags i.H.v. 100 Euro monatlich für Leistungsbezieher im SGB II, SGB XII und AsylbLG</p> <p>Antrag BE, TH, HB</p> <p>Drs. 229/20</p>	<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur befristeten Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuchs (SGB XII) sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vorzulegen, der die Gewährung eines Corona-bedingten befristeten Zuschlags i. H. v. 100 Euro monatlich für Leistungsbeziehende der genannten Rechtskreise für die Zeit der Corona-Pandemie umfasst.</p>	offen

76.	<p>Entschließung des Bundesrates für ein Zukunftsprogramm für zivilgesellschaftliche Organisationen in der Corona-Pandemie</p> <p>Antrag BE, HB, RP Drs. 228/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll zugunsten der Engagement- und Demokratieförderung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ein Hilfsprogramm erarbeiten, damit gemeinnützige Vereinen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sich durch Modernisierungsmaßnahmen zukunftssicher aufstellen können. Ferner soll die von der Bundesregierung beschlossene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ihre Arbeit mit konkreten Maßnahmen und einer gezielten Förderung von Strukturen der Engagement- und Demokratieförderung zügig aufnehmen.</p>	am 15.05.2020 abgelehnt
75.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Einführung eines Mindestprüfungsintervalls für Steuerprüfungen bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften</p> <p>Antrag BE  Drs. 189/20</p>	<p>Bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkommen soll in der Abgabenordnung ein Mindestprüfungsintervall eingefügt werden, um eine höhere Verbindlichkeit der Prüfungen zu erreichen.</p>	offen

74.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates - Zivilgesellschaft stärken: Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren und erweitern</p> <p>Antrag HB, BE</p> <p>Drs. 114/20</p>	<p>Mit der Initiative soll nach dem sog. Attac-Urteil Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen erreicht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zeitnah gesetzliche Regelungen vorzulegen.</p>	offen
73.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates - Die Situation in allen Bereichen der Pflege spürbar verbessern - Kein Ersatz von festangestellten Pflegekräften durch Leiharbeitskräfte</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 103/20</p>	<p>Die Bundesregierung soll gebeten werden, zeitnah gesetzliche Änderungen im Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) auf den Weg zu bringen, mit denen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Dabei soll die Leiharbeit zunächst spürbar beschränkt und später in einem zweiten Schritt generell unterbunden werden.</p>	offen
72.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Einführung eines Familienpflegegeldes für beschäftigte pflegende Angehörige</p> <p>Antrag BE, TH</p> <p>Drs. 104/20</p>	<p>Mit dem EntschlieÙungsantrag wird die Einführung eines Familienpflegegeldes gefordert. Damit sollen pflegende Angehörige unterstützt, die Vereinbarkeit Pflege und Beruf gestärkt und die Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden.</p>	offen



71.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Schaffung von Grundlagen zur Refinanzierbarkeit digitaler altersgerechter Assistenzsysteme im Rahmen des SGB XI</p> <p>Antrag BE, BB, HH, MV, TH, RP</p> <p>Drs. 105/20</p>	<p>Damit pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen besser von digitalen Lösungen profitieren können, soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem einheitliche Voraussetzungen für alle Pflegekassen zur Genehmigung und regelhaften Finanzierung für digitale altersgerechte Assistenzsysteme (AAL) sowie ein vereinfachtes standardisiertes Anerkennungsverfahren für technische Unterstützungsangebote geschaffen werden.</p>	am 15.05.2020 beschlossen
70.	<p>Entschließung des Bundesrates für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Projekte der Sektorenkopplung im Rahmen einer Experimentierklausel</p> <p>Antrag MV, BE, BB, NI, RP</p> <p>Drs. 56/20</p>	<p>Die Bundesregierung wird gebeten, den Rechtsrahmen für eine Experimentierklausel zu schaffen, um neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Überwindung der Hemmnisse in der Wettbewerbsfähigkeit mit zeitlich befristeten und räumlich begrenzten Experimenten erproben zu können.</p>	am 15.05.2020 beschlossen
69.	<p>Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch</p> <p>Antrag HB, BE</p> <p>Drs. 53/20</p>	<p>Der Bund hat mit dem Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (§ 16i SGB II) einen Lohnkostenzuschuss geschaffen, der die Einstellung von Langzeitarbeitslosen fördern soll. Die Höhe der Förderung bemisst sich am Bundesmindestlohngesetz (9,35 Euro) oder an tariflichen bzw. tarifähnlichen Entgelthöhen. Mit der Initiative wird gefordert, bei der Höhe des Zuschusses auch landesgesetzliche Regelungen, wie z.B. ein Landesmindestlohngesetz zu berücksichtigen.</p>	offen

68.	<p>Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz</p> <p>Antrag TH, MV, BE, HB, RP, SL, SH, BW, BY, BB, HH, HE, NI, NW, ST</p> <p>Drs. 623/19</p>	<p>Ziel des Antrages ist die Anpassung der im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) vorgesehenen finanziellen Mittel für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz.</p>	am 20.12.2019 beschlossen
67.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) und Stärkung der Wirksamkeit der sozialen Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB</p> <p>Antrag HH, HB, BE</p> <p>Drs. 545/19</p>	<p>Nach geltender Rechtslage kann die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden.</p> <p>Ein Anspruch auf Genehmigung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen besteht, wenn sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von 7 Jahren nur an die Mietenden zu veräußern. Da dies das Haupteinfallstor für Umwandlungen darstellt, soll die entsprechende Ausnahmeregelung in § 172 Abs. 1 BauGB gestrichen werden.</p>	offen

66.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates - Schutz von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern vor laufender Erhebung hochsensibler Gesundheitsdaten zu Zwecken der Tarifgestaltung in der Krankenversicherung</p> <p>Antrag HE, BE, HB, HH, BY, NW, RP, SL</p> <p>Drs. 539/19</p>	<p>Die EntschlieÙung bittet die Bundesregierung dafür zu sorgen, dass die laufende (automatisierte) Erhebung hochsensibler Gesundheitsdaten zu Zwecken der Tarifgestaltung in der Krankenversicherung unabhängig von der Einwilligung der versicherten Person für unzulässig erklärt wird.</p>	am 29.11.2019 beschlossen
65.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher</p> <p>Antrag BY, BE, BB, HH, NW</p> <p>Drs. 527/19</p>	<p>In § 5 WiStG („Wucherparagraph“) soll auf das Erfordernis der Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbaren Räumen verzichtet werden. Stattdessen soll bei der Frage der Unangemessenheit allein auf das objektive Kriterium des Vorliegens eines geringen Angebots abgestellt werden. Darlegungs- und Beweisprobleme im Bußgeldverfahren sollen damit entschärft werden.</p>	am 29.11.2019 beschlossen

64.	<p>Entwurf eines... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafzumessung bei antisemitischen Straftaten</p> <p>Antrag BY, BW, NI, NW, SL, ST, BE, SN</p> <p>Drs. 498/19</p>	<p>Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Regelung zur Strafzumessung in § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB um antisemitische Beweggründe und Ziele als ein weiteres Beispiel für menschenverachtende Tatmotivationen zu ergänzen.</p>	am 29.11.2019 beschlossen
63.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Verlängerung des Optionszeitraums bis zur Anwendung von § 2b UStG auf juristische Personen des öffentlichen Rechts</p> <p>Antrag NW, BE</p> <p>Drs. 492/19</p>	<p>Zum 1. Januar 2017 wurde die Umsatzbesteuerung juristischer Personen des öffentlichen Rechts entsprechend der Mehrwertsteuersystemrichtlinie umgesetzt. Folge des Systemwechsels ist eine Vielzahl von Auslegungs- und Abgrenzungsfragen insbesondere im Zusammenhang mit interkommunaler Zusammenarbeit. Um eine Klärung dieser Fragen zu ermöglichen, soll die Übergangsregelung in § 27 Abs. 22 UStG verlängert werden.</p>	am 20.12.2019 beschlossen
62.	<p>Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 617/19</p>	<p>Ziel der Initiative ist es, die Gefahren durch das Abbrennen von Pyrotechnik zu minimieren und gleichzeitig die Feinstaubbelastung der Luft zu senken, den Tierschutz zu fördern und Abfälle zu reduzieren.</p>	offen

61.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnichtraucherschutzgesetzes (BNicht-rSchG)</p> <p>Antrag NW, HH, NI, SH HB, BE</p> <p>Drs. 435/19 (neu)</p>	<p>Der Gesetzesantrag sieht vor, zum Schutz von Kindern und Schwangeren das Rauchen in geschlossenen Fahrzeugen zu verbieten.</p>	<p>am 11.10.2019 beschlossen</p>
60.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates - Arbeitnehmerfreizügigkeit - Transnationale Zusammenarbeit verbessern</p> <p>Antrag HH, HB, BE</p> <p>Drs. 481/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich für eine zügige Errichtung und adäquate Ausstattung der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA), eine Überprüfung der Maßnahmen zur Umsetzung der Entsenderichtlinie (96/71/EG) und der Durchsetzungsrichtlinie (2014/67/EU) sowie für bilaterale Vereinbarungen zur Zusammenarbeit insbesondere mit den Entsendeländern Polen, Bulgarien und Rumänien einzusetzen.</p>	<p>am 08.11.2019 beschlossen</p>
59.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates "Klimaschutz im Grundgesetz verankern"</p> <p>Antrag TH, BE</p> <p>Drs. 409/19</p>	<p>Der Bundesrat soll die Klimaschutzziele von Paris unterstützen. Der Vorsorge vor den Gefahren und Folgen des Klimawandels soll gehobene Priorität eingeräumt werden; Klimaschutz soll als Staatsziel im Grundgesetz genannt werden.</p>	<p>offen</p>

58.	<p>Entschließung des Bundesrates für die Festlegung für eine verbindliche durchschnittliche Personalausstattung in Krankenhäusern</p> <p>Antrag HB, TH, BE</p> <p>Drs. 291/19</p>	<p>Gefordert wird eine Weiterentwicklung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes. Zusätzlich zu den Pflegepersonaluntergrenzen ist die Rechtsgrundlage für die Festlegung eines neuen, am Pflegebedarf ausgerichteten Maßes für eine verbindliche durchschnittliche Personalausstattung in Krankenhäusern zu regeln. Hebammen sollen miteinbezogen werden.</p>	am 20.9.2019 abgelehnt
57.	<p>Entschließung des Bundesrates – Anwendung der EFSA-Bienenleitlinien bei der Prüfung von Pflanzenschutzmitteln</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 472/19 (neu)</p>	<p>Zum Schutz der Bienen soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die Überarbeitung der Leitlinien der EFSA ausschließlich der Anpassung an neue wissenschaftliche Erkenntnisse dient und nicht den Zweck oder Nebeneffekt hat, den bestehenden hohen wissenschaftlichen Standard dieser Leitlinien grundsätzlich abzusenken.</p>	am 08.11.2019 beschlossen
56.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz</p> <p>Antrag BE, TH</p> <p>Drs. 482/19</p>	<p>Entscheidungen der obersten Landesbehörden für Landesaufnahmeprogramme aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen benötigen das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern (BMI). Um verantwortlicher entscheiden und schnellere unkomplizierte Hilfe für Geflüchtete leisten zu können, soll § 23 Abs. 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz dahingehend geändert werden, dass die Länder sich mit dem BMI ins Benehmen zu setzen haben.</p>	am 18.9.2020 abgelehnt

55.	<p>Entschließung des Bundesrates „Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“</p> <p>Antrag BE, HB, NW, TH, RP, BB</p> <p>Drs. 433/19</p>	<p>Angestrebt werden eine Ausweitung des förderfähigen Personenkreises bei den Integrationskursen und eine grundsätzliche Neugestaltung der Struktur der Deutschkursangebote des Bundes für Migrantinnen und Migranten. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, hinreichend Finanzmittel zur vollständigen Bedarfsdeckung bereitzustellen.</p>	am 11.10.2019 beschlossen
54.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit (Mieter-Grundsteuer-Entlastungsgesetz)</p> <p>Antrag BE, TH</p> <p>Drs. 434/19</p>	<p>Um die Mieterinnen und Mieter in Zeiten von immer knapper werdendem, bezahlbarem Wohnraum zu entlasten, soll das Bürgerliche Gesetzbuch dahingehend geändert werden, dass die Grundsteuer nicht mehr im Rahmen der Betriebskostenabrechnung auf die Mieter und Mieterinnen umgelegt werden kann.</p>	offen
53.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer Gewerbmietpreisbremse in angespannten Gewerberaummärkten</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 404/19</p>	<p>Gefordert werden gesetzliche Änderungen zur Erweiterung des Milieuschutzes, Nutzungsmischungen und Mietobergrenzen, der Ausbau der Kündigungsschutzes und die Einführung eines Gewerbemietpreispiegels.</p>	offen

52.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung des Identitätsdiebstahls</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 471/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll um Prüfung gebeten werden, wie die rasant gestiegenen Fälle des sog. Identitätsdiebstahls bekämpft werden können. Nach wie vor gebe es Versandwarenhäuser, die Waren auf Rechnung versendeten. Für einen solchen Versand seien lediglich der Name, eine Adresse sowie das Geburtsdatum erforderlich. Diese Informationen seien oft frei zugänglich und kaum noch zu schützen.</p>	offen
51.	<p>Entschließung des Bundesrates zu langen Transporten von Nutztieren</p> <p>Antrag HE, RP, BE</p> <p>Drs. 213/19</p>	<p>Mit der Entschließung wird die Bundesregierung um verschiedene Maßnahmen gebeten für tierschützende Verbesserungen bei langen Transporten von Nutztieren. Dies betrifft insbesondere Transporte über EU-Grenzen hinaus und insoweit die Erfassung und Zugänglichmachung von Informationen über für die Versorgung von transportierten Tieren in Drittstaaten relevante Zustände und mögliche Einflussnahmen auf die dortigen Zustände.</p>	am 07.06.2019 beschlossen
50.	<p>Entschließung des Bundesrates „Funktionsschwäche der Tarifautonomie: Problem benennen, Strategie entwickeln, Gestaltungswillen bezeugen“</p> <p>Antrag HB, BB, TH, BE, HH</p> <p>Drs. 212/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll eine Strategie zur Stärkung der Tarifautonomie zu erarbeiten, u.a. mit folgenden Optionen: Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung und deren Behandlung im Tarifausschuss, gesetzliche Klarstellungen von Voraussetzungen und Funktion der Allgemeinverbindlicherklärung, Verbesserung der Datenlage und Setzen von Anreizen für Mitgliedschaft in Koalitionen.</p>	am 07.06.2019 beschlossen



49.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Verbesserung der Patientenorientierung</p> <p>Antrag BB, BE</p> <p>Drs. 206/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll eine Stärkung der Patientenorientierung insbesondere dahingehend verfolgen, dass jede Patientin bzw. jeder Patient nach einer stationären Behandlung einen Patientenbrief erhält; in einem Beratungsangebot für ältere Menschen soll bedürfnisorientiert auf medizinische Abläufe in der letzten Lebensphase eingegangen und die Beteiligung von Patientinnen und Patienten strukturell in allen Gremien des Gesundheitswesens weiter gestärkt werden</p>	<p>am 07.06.2019 abgelehnt</p>
48.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten</p> <p>„Fahren ohne Fahrschein“ als Ordnungswidrigkeit</p> <p>Antrag TH, BE</p> <p>Drs. 424/19</p>	<p>Durch die Streichung der Tatbestandsvariante der Beförderungerschleichung in § 265a StGB und die Einführung eines neuen Ordnungswidrigkeitentatbestandes soll das Fahren ohne Fahrschein entkriminalisiert werden.</p>	<p>offen</p>

47.	<p>Entschießung des Bundesrates</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Akzeptanz und Wertschätzung statt Pathologisierung und Diskriminierung: Menschen in ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität stärken</li> <li>– „Konversionstherapien“ verbieten</li> </ul> <p>Antrag HE, BE</p> <p>Drs. 161/19</p>	<p>Gegen sog. Konversionstherapien zur Änderung der sexuellen Orientierung soll zum einen durch verstärkte Aufklärung über die Entstehung und Gleichwertigkeit verschiedener sexueller Orientierungen vorgegangen werden und zum anderen aber auch repressiv durch Werbe- und Finanzierungsverbote sowie standesrechtliche Sanktionen für Ärzte, die derartiges anbieten.</p>	<p>am 17.05.2019 beschlossen</p>
-----	---	---	----------------------------------

46.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung</p> <p>Antrag HH, BE, HB, SH</p> <p>Drs. 106/19</p>	<p>Die EntschlieÙung fordert Veränderungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung mit dem Ziel, den bisher nach oben offenen Eigenanteil der Versicherten an den Pflegekosten zu deckeln. Hintergrund ist, dass die angestrebten und teilweise bereits beschlossenen Verbesserungen im Bereich der Pflege (mehr Personal, bessere Bezahlung) zu erheblichen Kostensteigerungen führen werden, die nach jetziger Rechtslage alleine von den Pflegebedürftigen zu tragen wären. Finanziert werden sollen die Mehrkosten durch die Pflegeversicherung.</p>	offen
45.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeinträgen</p> <p>Antrag HH, TH, BE</p> <p>Drs 73/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll gegenüber der Industrie auf eine freiwillige Selbstbeschränkung hinwirken und gegebenenfalls auch ordnungsrechtlich tätig zu werden mit dem Ziel, den Mikroplastikeinträge durch Kosmetika soweit wie möglich zu reduzieren.</p>	am 15.03.2019 beschlossen
44.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bildung betrieblicher Interessenvertretungen für im Flugbetrieb beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen</p> <p>Antrag BE, BB, HB, HH, TH</p> <p>Drs. 576/18</p>	<p>Die Bildung von betrieblichen Interessenvertretungen für im Flugbetrieb Beschäftigte soll erleichtert werden. Dazu soll § 117 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz um eine Auffanglösung ergänzt werden und für den Fall, dass die Tarifvertragsparteien keine Einigung über eine tarifliche Vereinbarung erzielen können, die allgemeinen Regelungen des Betriebsverfassungsrechts zur Anwendung kommen.</p>	offen

43.	<p>Entschließung des Bundesrates „Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten sichern; Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Unternehmen der Zustellbranche ausweiten“</p> <p>Antrag NI, HB, BE, BB, HH, TH</p> <p>Drs. 92/19</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, umgehend die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte sollen dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge gesichert und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit erweitert werden.</p>	am 12.04.2019 beschlossen
42.	<p>Entschließung des Bundesrates "Es ist normal, verschieden zu sein"</p> <p>Antrag HB, BE</p> <p>Drs. 495/18</p>	<p>Es soll darauf hingewiesen werden, dass die Bezeichnung „Schwerbehindertenausweis“ von einem Teil der Betroffenen als diskriminierend empfunden wird. Die Bundesregierung soll ein Forschungsgutachten in Auftrag geben, das sich mit der Verbreitung, den Ursachen und der Wirkung wahrgenommener Stigmatisierung auf Seiten der Menschen mit Behinderung ebenso auseinandersetzt wie mit einstellungsbedingten Barrieren der Gesellschaft.</p>	am 23.11.2018 beschlossen
41.	<p>Entschließung - Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote</p> <p>Antrag HE, BB, BE</p> <p>Drs. 448/18</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Voraussetzungen für Hardware-Nachrüstungen zu schaffen und für die kostenmäßige Verantwortung der Hersteller Sorge zu tragen.</p>	am 19.10.2018 beschlossen

40.	<p>Entschließung des Bundesrates "Erhöhung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR"</p> <p>Antrag BW, BY, HB, HH, MV, NI, RP, SN, ST, SH, BE</p> <p>Drs. 308/18</p>	<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, in § 64 Abgabenordnung die Freigrenze um 10.000 € auf 45.000 EUR anzuheben. Durch die Entlastung von steuerlichen Verpflichtungen soll das ehrenamtliche Engagement, das vielfach in kleinen Vereinen erfolgt, gestärkt werden.</p>	<p>am 21.09.2018 beschlossen</p>
39.	<p>Entschließung des Bundesrates - Einbeziehung der urbanen Zentren in die Energiewende</p> <p>Antrag BE, TH</p> <p>Drs. 402/18</p>	<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle und KWK-Anlagen zu verbessern.</p>	<p>am 19.10.2019 beschlossen</p>
38.	<p>Entschließung des Bundesrates "ELFE - Einfach Leistungen für Eltern"</p> <p>Antrag HB, HH, SH, TH, BE</p> <p>Drs. 307/18</p>	<p>Die Bundesregierung wird um Vorschläge für die Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse gebeten. Bei einer Geburt sollen Eltern und Behörden Erleichterungen verschafft werden. Ohne Aufsuchen einer Behörde sollen z.B. Geburtsurkunde, Kindergeld und Elterngeld beantragt werden können.</p>	<p>am 21.09.2018 beschlossen</p>

37.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Diesel-Nachrüstung</p> <p>Antrag BE, BB</p> <p>Drs. 236/18</p>	<p>Die Bundesregierung soll die Automobilhersteller zu Diesel-Nachrüstungen auf deren Kosten verpflichten. Dies soll Hardware-Nachrüstungen für Euro 5 Diesel und Software-Nachbesserungen bei Dieseln der Normen Euro 6a bis 6c umfassen.</p>	offen
36.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten von §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und § 151 des Strafgesetzbuches der DDR Betroffenen</p> <p>Antrag BE, HB</p> <p>Drs. 343/18</p>	<p>Im StrRehaHomG sollen Änderungen dahingehend erfolgen, dass die Altersangabe an die für einvernehmliche heterosexuelle Handlungen geltenden Schutzaltersgrenzen angepasst wird und weitere soziale Ausgleichsleistungen zur verbesserten Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung vorgesehen werden. Zudem sollen als kollektive Entschädigung Forschungsvorhaben zur Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen ausgebaut und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für betroffene Seniorinnen und Senioren geschaffen werden.</p>	offen
35.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Anpassung des Gewerbemietrechts</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 414/18</p>	<p>Mit der Entschließung soll die Bundesregierung gebeten werden, eine Modernisierung des Gewerbemietrechts zu prüfen. Insbesondere sollte für den Gewerbemieter ein gesetzlicher Anspruch gegen den Vermieter auf eine Verlängerung des Mietverhältnisses zu den bislang geltenden Konditionen geschaffen werden, so dass ein Mietverhältnis mit einer Dauer von zehn Jahren erreicht werden kann.</p>	am 19.10.2018 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

34.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des sozialen Mietrechts (Mietrechtsmodernisierungsgesetz)</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 300/18</p>	<p>Der Gesetzesantrag zielt auf eine Entfristung der Mietpreisbremse und die Streichung der Ausnahmeregelung bei der Erstvermietung von umfassend modernisierten Wohnungen. Zudem sollen Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete auf 15 % innerhalb von fünf Jahren (bisher drei) begrenzt werden. Die Modernisierungsumlage soll auf die energetische Modernisierung sowie Maßnahmen zur Minderung von Barrieren und zur altengerechten Herrichtung beschränkt und von 11 auf 6 % gesenkt und es soll eine Kappungsgrenze für die Modernisierungsumlage von 2 € pro m<sup>2</sup> innerhalb von acht Jahren eingeführt werden.</p>	offen
33.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates: "Gebührenfreiheit für Aufstiegsfortbildungen voranbringen</p> <p>Antrag NI, BE</p> <p>Drs. 111/18</p>	<p>Die EntschlieÙung fordert eine Gebührenerstattung für Meisterprüfungen, eine Kostenübernahme für Aufstiegsfortbildungen und eine Anpassung des Kostenverteilungsschlüssels zwischen Bund und Ländern an BAföG-Regelungen</p>	offen
32.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze</p> <p>Antrag BB, BE, TH</p> <p>Drs. 316/18</p>	<p>Ziel ist die Anpassung und Weiterentwicklung der Rehabilitationsgesetze insbesondere für diejenigen Betroffenen, die sich verfolgungsbedingt in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden.</p>	am 19.10.2018 beschlossen

31.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)</p> <p>Antrag BE, BB, HB, RP, TH und HH</p> <p>Drs. 225/18</p>	<p>In das Grundgesetz soll als zusätzliches Merkmal aufgenommen werden, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität oder geschlechtlichen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.</p>	<p>am 28.05.2021 abgelehnt</p>
30.	<p>Entwurf eines ... Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen</p> <p>Antrag HH, TH, BE</p> <p>Drs. 135/18</p>	<p>Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen gewährt eine Entschädigung in Fällen, in denen eine Freiheitsentziehung zu Unrecht erfolgt ist. Seit 2009 beträgt die Entschädigung 25 € pro Hafttag. Mit dem Gesetzesantrag soll diese Entschädigung, die allgemein als zu gering angesehen wird, auf 50 € pro Hafttag angehoben werden.</p>	<p>am 20.12.2019 beschlossen</p>
29.	<p>Entschließung des Bundesrates zu mehr Sicherheit beim Abbiegevorgang von Nutzfahrzeugen durch Abbiegeassistenzsysteme</p> <p>Antrag BE, HB, HE, TH</p> <p>Drs. 110/18</p>	<p>Die Bundesregierung soll sich gegenüber der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass in den Typengenehmigungsvorschriften Abbiegeassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verpflichtend vorgeschrieben werden, ebenso wie eine Nachrüstungs-pflicht.</p>	<p>am 08.06.2018 beschlossen</p>



28.	<p>Entschießung des Bundesrates: Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Duldung in § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG</p> <p>Antrag TH, BE, BB</p> <p>Drs. 79/18</p>	<p>Um nichtdeutschen Staatsangehörigen, die Opfer politisch rechtsmotivierter Gewaltstraftaten geworden sind, einen besonderen aufenthaltsrechtlichen Schutz zu gewähren, sollen sie durch Änderung von § 25 Abs. 4a AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen sowie durch Änderung von § 60a Abs. 2 AufenthG eine Duldung erhalten können.</p>	offen
27.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes zur Verfahrensbeschleunigung durch die erweiterte Möglichkeit der Zulassung von Rechtsmitteln</p> <p>Antrag HH, BE, BB, HB</p> <p>Drs. 51/18</p>	<p>Der Gesetzentwurf sieht eine Reform des Rechtsweges in Asylverfahren vor: Das Verwaltungsgericht lässt in Hauptsacheverfahren bei grundsätzlicher Bedeutung und Divergenz die Berufung nach § 78 Abs. 4 Satz 1 AsylG zu. In Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes lässt es bei grundsätzlicher Bedeutung die Beschwerde nach § 80 Abs. 2 Satz 2 AsylG zu. Damit soll die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte vereinheitlicht und die Verfahren schneller und effektiver werden.</p>	am 15.02.2019 abgelehnt

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

26.	<p>Entschließung des Bundesrates - Die Situation der Pflege durch Pflegepersonaluntergrenzen spürbar verbessern</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 48/18</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, bei der nach 137i SGB V geforderten Vereinbarung der Selbstverwaltung über Personaluntergrenzen in den Krankenhäusern zu gewährleisten, dass der Personalschlüssel für alle Stationen und Notaufnahmen der Krankenhäuser, in denen Pflegepersonal tätig ist, gilt und so ausgestaltet ist, dass eine bedarfsgerechte Versorgung und Pflege der Patientinnen und Patienten zu Tages- und Nachtzeiten sichergestellt ist.</p>	am 23.03.2018 beschlossen
25.	<p>Entschließung des Bundesrates zum Ein-Euro-Eigenanteil bei Mittagessen</p> <p>Antrag BE, BB, HB, SH</p> <p>Drs. 83/18</p>	<p>Kinder und Jugendliche mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG und WoGG müssen bei der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung von Kita und Schule einen Euro je Mittagessen selbst tragen. Die Geltendmachung und Erziehung dieses geringen Betrags steht in keinem Verhältnis zu dem dafür entstehenden Verwaltungsaufwand. Da Kinder zudem von der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden können, wenn ihre Eltern den Eigenanteil nicht bezahlen, wird gefordert den Eigenanteil zu streichen.</p>	am 27.04.2018 abgelehnt

24.	<p>Antrag auf Entscheidung des Bundesrates über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) gemäß Artikel 21 Absatz 3 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 13 Nr. 2a, §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes von der staatlichen Parteienfinanzierung</p> <p>Antrag aller Länder</p> <p>Drs. 30/18</p>	<p>Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem NPD-Urteil vom 17. Januar 2017 einen entsprechenden Hinweis (Stichwort: Potentialität) gegeben hatte, ist Ziel des Antrags beim Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der NPD (und ihrer Ersatzparteien) von der staatlichen Parteienfinanzierung für sechs Jahre feststellen lassen.</p>	<p>am 02.02.2018 beschlossen</p>
23.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Mittelausstattung der Jobcenter</p> <p>Antrag TH, BE, BB, HB, RP</p> <p>Drs. 26/18</p>	<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2018 und in den Folgejahren für eine aufgabengerechte Mittelausstattung einschließlich der notwendigen Verpflichtungsermächtigungen der Jobcenter zur Umsetzung des SGB II zu sorgen.</p>	<p>am 02.03.2018 beschlossen</p>

22.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄnG)</p> <p>Antrag BE, BB, HB</p> <p>Drs. 84/18</p>	<p>Mit dem Antrag sollen die Bedarfssätze, Freibeträge und Sozialpauschalen angehoben und nachweisabhängige Erhöhungsbeträge zu den Mietkosten wiederaufgenommen werden. Zudem sollen die unzureichenden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung für Schüler und Studenten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, erhöht werden.</p>	am 27.04.2018 abgelehnt
21.	<p>EntschlieÙung des Bundesrates zu weiteren Verbesserungen im Ausbildungsförderungsrecht</p> <p>Antrag BE, BB, HB, TH</p> <p>Drs. 85/18</p>	<p>Ziele der EntschlieÙung sind eine schnelle Anpassung der Bedarfssätze, Freibeträge und Sozialpauschalen sowie die Wiedereinführung eines nachweisabhängigen Erhöhungsbetrages zu den Mietkosten. Zudem sollen die unzureichenden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung für Schüler und Studenten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, erhöht werden.</p>	am 27.04.2018 abgelehnt
20.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB</p> <p>Antrag BE, TH, BB, HH</p> <p>Drs. 761/17</p>	<p>§ 219 a StGB, der die Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch und für dafür geeignete Gegenstände unter Strafe stellt, soll abgeschafft werden. UWG und MBO-Ä schützen in ausreichendem Maße vor unlauterer bzw. berufswidriger Werbung. Informationen zu straffreien Abbrüchen dürften nicht kriminalisiert werden.</p>	am 17.09.2021 abgelehnt

19.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln bei Frauen mit geringem Einkommen</p> <p>Antrag NI, BB, HB, TH, BE</p> <p>Drs. 617/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass einkommensschwachen Frauen und Frauen im Sozialleistungsbezug die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel übernommen werden. Hierbei soll auch die rückwirkende Erstattung von vorverauslagten Kosten für Notfallkontrazeptiva berücksichtigt werden.</p>	<p>am 15.12.2017 beschlossen</p>
18.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze</p> <p>Antrag TH, BE, SN, BB, ST, MV</p> <p>Drs. 743/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll gebeten werden, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufhebung der Antragsfristen in den Gesetzen zur Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR zu schaffen.</p>	<p>am 02.02.2018 beschlossen</p>

17.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme von Kinderrechten in ins Grundgesetz</p> <p>Antrag BB, BE, HB, TH</p> <p>Drs. 710/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, einen verfassungsändernden Gesetzentwurf vorzulegen, der Kinderrechte im Grundgesetz verankert und das Schutzbedürfnis von Kindern klarer zum Ausdruck bringt</p>	offen
16.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes – Verbesserung der Lage von Heimkindern</p> <p>Antrag SN, TH, MV, BE</p> <p>Drs. 642/17</p>	<p>Der Gesetzentwurf bezweckt die Erleichterung der Rehabilitierung von Betroffenen, welche als Kinder oder Jugendliche in der ehemaligen DDR deshalb in einem Heim untergebracht wurden, weil ihre Eltern aufgrund politischer Verfolgung inhaftiert waren oder andere freiheitsentziehende Maßnahmen erlitten hatten.</p>	am 03.11.2017 beschlossen
15.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Mieterschutzes über die Miethöhe bei Mietbeginn</p> <p>Antrag BE, BB</p> <p>Drs. 620/17</p>	<p>Vermieterinnen und Vermieter sollen verpflichtet werden, bereits zu Mietbeginn von sich aus über die Miete des Vormieters zu informieren und nicht erst auf Verlangen der Mieterinnen und Mieter. Des Weiteren sollen die Mieterinnen und Mieter einen Rückforderungsanspruch wegen überzahlter Miete bereits ab Zeitpunkt des Mietbeginns haben.</p>	offen

14.	<p>Entscheidung des Bundesrates für eine Möglichkeit wissenschaftlich begleiteter Versuchsprojekte mit kontrollierter Abgabe von Cannabis</p> <p>Antrag HB, TH, BE</p> <p>Drs. 500/17</p>	<p>Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Rechtsgrundlage für die Abgabe ärztlich nicht verschriebener Gebrauchsmengen von Cannabis an Erwachsene im Rahmen wissenschaftlich begleiteter und kontrollierter Versuchsprojekte zu schaffen.</p>	<p>am 07.07.2017 abgelehnt</p>
13.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Liegenschaftspolitik des Bundes</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 557/17</p>	<p>Vom Bund nicht benötigte Liegenschaften werden „wirtschaftlich“ in der Regel durch Bieterverfahren veräußert. Die Initiative zielt darauf ab, die Vorgaben im BImA-Gesetz und in der BHO anzupassen, so dass auch die künftige Nutzung berücksichtigt und das Ertragswertverfahren herangezogen werden kann.</p>	<p>am 03.11.2017 beschlossen</p>

12.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung</p> <p>Antrag RP, BE, BB, HB, TH</p> <p>Drs. 362/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll das Transsexuellengesetz novellieren, wobei insbesondere die Begutachtungspflicht entfallen und das gerichtliche Verfahren durch ein Verwaltungsverfahren ersetzt werden soll.</p>	<p>am 02.06.2017 beschlossen</p>
11.	<p>Entschließung des Bundesrates „Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben“</p> <p>Antrag der Länder BE, BB, HB, HH, NI, RP, TH</p> <p>Drs. 621/17</p>	<p>Mit der Entschließung soll die Bundesregierung auffordert werden, mit den Ländern in Gespräche über eine Änderung des Grundgesetzes einzutreten, durch die das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben wird.</p>	<p>offen</p>



10.	<p>Entschließung des Bundesrates zur „Gewaltprävention für gefährdete Beschäftigte in Dienstleistungsberufen“</p> <p>Antrag BB, BE</p> <p>Drs. 383/17</p>	<p>Mit der Entschließung soll jedwede Form von Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte verurteilt werden.</p>	<p>am 07.07.2017 beschlossen</p>
9.	<p>Entschließung des Bundesrates zur „Beteiligung der deutschen Länder an den Brexit-Verhandlungen der Bundesregierung“</p> <p>Antrag BW, BY, HE, MV, BE, HB, RP, SL, ST, SH, TH</p> <p>Drs. 235/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Länder in die Verhandlungen zum Austritt und Abschluss einer neuen Partnerschaft einschließlich etwaiger Übergangsregelungen zur Vermeidung eines ungeordneten Austritts eng einzubeziehen und entsprechend der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu beteiligen.</p>	<p>am 31.03.2017 beschlossen</p>
8.	<p>Entschließung des Bundesrates – Lebensmittelverluste in Deutschland verringern</p> <p>Antrag NW, BE</p> <p>Drs. 180/17</p>	<p>Angeregt wird eine gesetzliche Initiative zur Verringerung der Lebensmittelverluste in Deutschland zu erarbeiten und schnellstmöglich die geplante Koordinierungsplattform einzurichten.</p>	<p>am 31.03.2017 beschlossen</p>

7.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk</p> <p>Antrag NW, TH; BE</p> <p>Drs. 107/17</p>	<p>Freifunkinitiativen sind eine Form des gemeinnützigen bürgerschaftlichen Engagements, das die Digitalisierung hervorgebracht hat und sollten durch eine Ergänzung der Katalogzwecke in § 52 Abgabenordnung steuerlich begünstigt werden.</p>	<p>am 10.03.2017 beschlossen</p>
6.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Folgen von Zahlungsverzug im Wohnungsmietrecht</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 317/17</p>	<p>Der Widerspruch soll ausgeräumt werden, dass Vermieter häufig neben der außerordentlichen fristlosen Kündigung wegen erheblicher Mietrückstände auch eine ordentliche Kündigung aussprechen. Die aus sozialen Gründen geschaffenen, besonderen schuldnerschützenden Vorschriften im Wohnungsmietrecht sollen zukünftig auch bei ordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzugs angewendet werden können.</p>	<p>am 02.06.2017 abgelehnt</p>
5.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Wettbewerbsfähigkeit im Schienengüterverkehr</p> <p>Antrag der RP, HB, BE, NW</p> <p>Drs. 746/16</p>	<p>Die Bundesregierung soll Maßnahmen ergreifen, um den Verkehrsanteil des Schienengüterverkehrs zu steigern, wie z.B. durch Verbesserung der Rahmenbedingungen beim Lärmschutzes, Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Schienengüterverkehrs, weitere Elektrifizierungen, Abbau von Kapazitätshemmnissen, Prüfung der Senkung der Infrastrukturnutzungsentgelte.</p>	<p>am 10.02.2017 beschlossen</p>

4.	<p>Entschließung des Bundesrates „Mitbestimmung zukunftsfest machen“</p> <p>Antrag BE</p> <p>Drs. 740/16</p>	<p>Die Bundesregierung soll die gesetzliche Mitbestimmung an die anstehenden Herausforderungen anpassen, insbesondere mit Blick darauf, dass multinationale Konzerne verstärkt aus dem Ausland agieren. Auch soll die Bundesregierung, Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht schließen und auf europäischer Ebene dafür eintreten, dass dort entsprechende Lücken geschlossen werden.</p>	<p>am 10.02.2017 beschlossen</p>
3.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes – Verbesserung der Lage von Heimkindern</p> <p>Antrag TH, SN, BE</p> <p>Drs. 744/16</p>	<p>Der Gesetzentwurf dient der Erleichterung der Rehabilitation von Betroffenen, die als Kinder oder Jugendliche in der ehemaligen DDR in einem Heim untergebracht wurden, weil ihre Eltern aufgrund politischer Verfolgung inhaftiert waren oder andere freiheitsentziehende Maßnahmen erlitten hatten.</p>	<p>am 10.02.2017 beschlossen</p>

2.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)</p> <p>Antrag TH, BE , BB</p> <p>Drs. 100/17</p>	<p>Die Bundesregierung soll noch in der laufenden Legislaturperiode einen Bericht zur Situation der Solo-Selbständigen, deren sozialer Absicherung und zu möglichen Unterstützungsmaßnahmen vorlegen.</p>	<p>am 10.03.2017 beschlossen</p>
1.	<p>Entschießung des Bundesrates zur Stärkung der Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung durch erste Schritte in Richtung einer Bürgerversicherung</p> <p>Antrag BE, HB, TH</p> <p>Drs. 236/17</p>	<p>Um das Gesundheitssystem in Richtung Bürgerversicherung zu entwickeln, soll Beamten der Wechsel von der Privaten Krankenversicherung zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglicht bzw. erleichtert und der GKV-Beitrag von geringverdienenden Selbständigen nicht mehr nach einem relativ hohen (fiktiven) Einkommen, sondern nach den tatsächlichen Einnahmen bemessen werden. Zudem soll der GKV-Beitrag soll wieder komplett paritätisch von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht werden.</p>	<p>am 02.06.2017 abgelehnt</p>

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

Nr.	Bezeichnung des Gesetzes- oder Entschließungsantrages, mitantragstellende Länder und BR-Drs.	Inhalt	Sachstand
11.	Entschließung des Bundesrates zur Ausgestaltung eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes  Antrag BW, BE, HB  Drs. 597/22  (SenWGPG)	Die Bundesregierung wird gebeten, das angekündigte Gesundheitsdatennutzungsgesetz alsbald vorzulegen. Berücksichtigt werden soll dabei u.a. der schnelle und dezentrale Ausbau der Gesundheitsdateninfrastruktur; ferner soll die elektronische Patientenakte niedrigschwellig nutzbar sein.	am 16.12.2022 beschlossen
10.	Entschließung des Bundesrates für ein Energiesperren-Moratorium zur Abwendung von Energiesperren  Antrag HB, BE, MV  Drs. 522/22  (SenWiEnBe)	Angesichts der Preissteigerungen für Gas und Fernwärme soll die Bundesregierung einen Vorschlag vorlegen, mit dem Energiesperren bis zum Ende der Heizperiode im Frühjahr 2023 verhindert werden. Das Moratorium soll für Zahlungsverzüge gelten, die ausschließlich durch den Anstieg von Abschlagszahlungen eintreten. Der gesetzliche Anspruch auf Abwendungsvereinbarungen mit zinsfreier Ratenzahlung soll auf Energieverträge über den Bereich der Grundversorgung hinaus erweitert werden.	offen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

9.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Ausweitung der Unternehmenshilfen zur Bewältigung gestiegener Energiepreiskosten</p> <p>Antrag HB, BE</p> <p>Drs. 485/22</p> <p>(SenWiEnBe)</p>	<p>Insbesondere Verlängerung des EU Krisenrahmens; Ausweitung der antragberechtigten Unternehmen im Energiekostendämpfungsprogramm (EKDP); Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen.</p>	<p>am 28.10.2022 beschlossen</p>
8.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz</p> <p>Antrag RP, SL, ST, TH, BW, BY, BE, BB, HB, HH, HE, MV, NI, NW</p> <p>Drs. 217/22</p> <p>(SenBJF)</p>	<p>Der Gesetzentwurf will die von den Kommunen umgesetzten Maßnahmen Früher Hilfen dauerhaft auf einem bundesweit vergleichbaren und bedarfsgerechten Niveau sicherstellen. Hierzu soll der Bund seinen finanziellen Anteil zunächst anpassen und zukünftig regelhaft dynamisieren.</p>	<p>am 10.06.2022 beschlossen</p>

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

7.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer Übergewinnsteuer mit dem Ziel der Finanzierung außergewöhnlicher finanzieller Belastungen im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine</p> <p>Antrag HB, BE, MV, TH</p> <p>Drs. 268/22</p> <p>(SenFin)</p>	<p>Zur Finanzierung staatlicher Entlastungsmaßnahmen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Vorschlag für die befristete Erhebung einer Übergewinnsteuer (Steuer oder Abgabe) für das Jahr 2022 vorzulegen.</p>	<p>am 08.07.2022 abgelehnt</p>
6.	<p>Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Vorschriften zu den Vorkaufsrechten im Baugesetzbuch zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung</p> <p>Antrag BE, HH, HB</p> <p>Drs. 133/22</p> <p>(SenSBW)</p>	<p>Die rechtssichere und wirksame Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts in Erhaltungssatzungsgebieten soll wieder gewährleistet werden, nachdem das BVerwG im November 2021 die bisherige Verwaltungspraxis mangels hierfür ausreichender Rechtsgrundlage gestoppt hatte.</p>	<p>am 08.04.2022 beschlossen</p>

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

5.	<p>Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Geldwäschegesetzes zur Bekämpfung von Geldwäsche im Bereich des Berufssports</p> <p>Antrag HB, BE</p> <p>Drs. 32/22</p> <p>(SenFin)</p>	<p>Der Kreis der Verpflichteten nach dem Geldwäschegesetz soll auf Sportvereine und Unternehmen, die mit wenigstens einer Mannschaft einer 1., 2. oder 3. Liga angehören und auf die in diesem Bereich tätigen Spielerberater erweitert werden.</p>	<p>am 28.10. 2022 abgelehnt</p>
4.	<p>Entwurf eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher</p> <p>Antrag BY, BE, BB, HH, NW</p> <p>BR-Drs. 849/21</p> <p>(SenJustVA)</p>	<p>In § 5 WiStG („Wucherparagraph“ - Mietpreisüberhöhung) soll bei der Frage der Unangemessenheit allein auf das objektive Kriterium des Vorliegens eines geringen Angebots abgestellt werden. Darlegungs- und Beweisprobleme im Bußgeldverfahren werden damit entschärft.</p>	<p>am 11.02.2022 beschlossen</p>



Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

3.	Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung von Hate-Speech  Antrag BE, BB  Drs. 844/21  (SenJustVA)	Die Zustellungsregelungen im Netzwerkdurchsetzungsgesetz zum Zwecke der wirksamen Bekämpfung von Hate-Speech sollen überprüft werden. Da Anbieter sozialer Netzwerke häufig ihren Sitz nicht in Deutschland haben, ist ein wirksamer Schutz oft erschwert.	offen
2.	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung von § 26 Nummer 4 des Baugesetzbuchs  Antrag BE  Drs. 811/21  (SenSBW)	In Reaktion auf das Urteil des BVerwG vom 09.11.2021 soll das BauGB dahingehend geändert werden, dass für ein gemeindliches Vorkaufsrecht eine Prognose-Erwägung (wieder) statthaft wird.	offen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 19. WP des Abgeordnetenhauses (2021 bis 2026)

1.	<p>Entwurf eines Ganztagsfinanzierungsanpassungsgesetzes (GaFAG)</p> <p>Antrag BW, NW, SN, SH, BE, BB, HE, MV, NI, RP, SL, ST, TH</p> <p>Drs. 808/21</p> <p>(SenBJF)</p>	<p>Die Frist zum Mittelabfluss wurde auf den 31.12.2021 festgelegt. Der Antrag fordert die Anpassung der Ganztagsfinanzierung und eine Verlängerung um ein Jahr bis Ende 2022.</p>	<p>am 26.11.2021 beschlossen</p>
----	--	--	----------------------------------